Comeback der „liberal tradition“?

Die USA nach Bush

Von **Albert Scharenberg**

„Change“ – nur selten hat der Wunsch nach einem politischen Wechsel die *Primaries* zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten so sehr beherrscht wie in diesem Jahr. Angesichts der – nach sieben Jahren George W. Bush – übermächtigen Wechselstimmung im Land sahen sich alle Kandidatinnen und Kandidaten veranlasst, die Forderung nach politischer Veränderung in Washington aufzugreifen – und zwar nicht nur diejenigen der oppositionellen Demokratischen Partei, sondern auch die aus der Partei des Präsidenten selbst. Dass sich selbst die möglichen Nachfolger aus dem republikanischen Lager nur dann Chancen im Wahlkampf ausrechneten, wenn sie sich möglichst weit von „ihrem“ Präsidenten absetzten, illustriert eindringlich, in welchem Maße George W. Bush im eigenen Land politisch abgewirtschaftet hat.

Gleichzeitig wirft diese nahezu universelle Berufung auf die Notwendigkeit von „Change“ jedoch die Frage auf, was man denn eigentlich konkret darunter zu verstehen hat. Ist hier tatsächlich eine grundlegende Umkehr der amerikanischen Politik gemeint? Oder wird sich der „Wechsel“ letztendlich doch nur auf den Stuhl des Präsidenten beschränken, während seine Politik im Wesentlichen fortgesetzt wird?

Grundsätzlich stehen die Vereinigten Staaten jedenfalls vor einer klaren Alternative: entweder Fortsetzung der „imperial presidency“ oder Rückkehr zur „liberal tradition“. Um die Wahl, vor die sich das Land gestellt sieht, nachvollziehen zu können, bedarf letztere allerdings – nach 30 Jahren republikanischer Hegemonie – ihrer theoretischen Rekonstruktion.

Von Tocqueville bis Hartz

Lange galt die „liberal tradition“ als Fundament der amerikanischen politischen Kultur und Demokratie. Die akademische Debatte hierüber reicht zurück bis zu Alexis de Tocqueville, der bereits 1835 in seinem Werk „Über die Demokratie in Amerika“ schrieb: „Der große Vorteil der Amerikaner besteht darin, dass sie die Demokratie erlangten, ohne eine demokratische Revolution durchmachen zu müssen, und dass sie als Gleiche geboren sind, statt es erst zu

werden."[1] Dieser „große Vorteil", den Tocqueville ins Feld führt, ist der Kern des amerikanischen Selbstverständnisses, wie es sich auch in der Nationalhymne ausdrückt – Amerika als das „land of the free".

Wenn man für einen Augenblick den Umstand beiseite lässt, dass damals viele Menschen, die auf amerikanischem Boden lebten, von den Früchten der Freiheit ausgeschlossen waren – nämlich die afroamerikanischen Sklavinnen und Sklaven sowie die „Indianer", die *Native Americans* –, reflektiert Tocquevilles Beschreibung ein wichtiges Element der amerikanischen Geschichte und politischen Kultur. Denn die Vereinigten Staaten waren in der Tat „die erste neue Nation" (Seymour Martin Lipset), die sich mit Blick auf den republikanischen Staat, die Demokratie, die rechtsstaatliche Ordnung und die bürgerlichen Freiheiten grundlegend von den zeitgenössischen europäischen Staaten und Gesellschaften unterschied – selbst von Großbritannien und Frankreich, von der Situation in Deutschland ganz zu schweigen. Zwar resultierte die fortgesetzte Einwanderung aus dem „alten Europa" in die „neue Welt" in erster Linie aus den bekannten ökonomischen „Push-Faktoren" (wie beispielsweise der berüchtigten irischen Hungersnot der 1840er Jahre) und „Pull-Faktoren", die die rasche Expansion der US-Industrie bereitstellte. Dennoch waren auch die Freiheit von staatlicher Willkür und politischer wie religiöser Unterdrückung wichtige – wenn nicht gar die wichtigsten – Elemente dessen, was man den „American way of life" nennt. Für einige Menschen war diese Freiheit gar bedeutender als der ökonomische Anreiz im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" – man denke nur beispielsweise an die zahlreichen protestantischen Religionsflüchtlinge oder an die „48er", das heißt an diejenigen deutschen Einwanderer, die nach dem Scheitern der Revolution von 1848 ins Land kamen.

Der bei Tocqueville grundlegende Gedanke, dass Amerikaner keine demokratische Revolution benötigen, weil sie frei geboren sind, markiert auch den Ausgangspunkt der Analyse von Louis Hartz in seinem 1955 veröffentlichten Werk über „The Liberal Tradition in America".[2] Das zentrale Argument in diesem klassischen Werk ist, dass die Vereinigten Staaten, anders als Europa, keine feudalistische Vergangenheit – und damit auch keine traditionellen Oberklassen – haben, so dass die amerikanischen Bürger (für die Bürgerinnen galt dies erst später), in Tocquevilles Worten, „als Gleiche geboren sind, statt es erst zu werden." Diese Gleichheit wiederum ist nicht begrenzt auf die formalrechtliche und demokratische Gleichheit; sie beinhaltet auch eine ökonomische Dimension – zwar nicht in einem Marxschen Sinne, aber doch mit Blick auf eine weniger statische soziale Ordnung bzw. höhere soziale Mobilität, insbesondere im Vergleich zu den europäischen Staaten des 19. Jahrhunderts.

Louis Hartz zufolge führten die besonderen Freiheiten, die die (meisten) Amerikaner bereits lange vor den Europäern genossen, zur Herausbildung

1 Alexis de Tocqueville, De la démocratie en Amérique, Paris 1835 [Deutsch: Über die Demokratie in Amerika, 1835].
2 Louis Hartz, The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought Since the Revolution, New York 1955.

einer einzigartigen amerikanischen politischen Kultur. Diese zeichne sich durch einen gesellschaftlichen Konsens aus, der auf den liberalen Ideen John Lockes basiere, also auf den Eigentumsrechten, der individuellen Freiheit, der Demokratie und der sozialen Mobilität. Hartz und die sogenannte Konsens-Schule der 50er Jahre behaupteten, dass politische Akteure in den USA, anders als in Europa, nur dann erfolgreich sein könnten, wenn sie sich auf dem Boden dieses Konsenses bewegten. Wenn sie antiliberale Auffassungen zu propagieren trachteten – wie beispielsweise der zeitgenössische McCarthyismus oder die Kommunistische Partei –, würden sie zwangsläufig im politischen Abseits landen. Hartz zufolge hält ein grundlegender und andauernder Konsens über die liberalen politischen Prinzipien die sozialen Klassen davon ab, für ihre eigenen Regierungsformen zu kämpfen, wie es Konservatismus und Arbeiterbewegungen andernorts, insbesondere in Europa, in ihrem Kampf gegen die „Ancien Regimes" taten.

Hartz sieht also die „liberal tradition" als wichtigsten Grund für die Schwäche sozialrevolutionärer wie auch konservativ-restaurativer Bewegungen und politischer Traditionen. Aus seiner Sicht gab es in den Vereinigten Staaten aus dem Grunde niemals eine liberale Partei oder Bewegung, weil der Liberalismus selbst den „American way of life" *definiert* hat. Diese Tradition hat auch dazu geführt, dass es – gerade im transatlantischen Vergleich – nur sehr wenige offen rechtsextremistische Aktivitäten gibt und die einschlägigen Organisationen sehr klein sind.

Die These der „liberal tradition" bezieht sich auch auf Werner Sombarts berühmte Frage: Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?[3] Für Hartz und die „Konsens-Schule" ist die Antwort klar, und es ist im Grunde dieselbe Antwort, die Sombart bereits zu Beginn des Jahrhunderts gab: nämlich „American exceptionalism", das heißt der „Sonderweg" der USA. Dieser *exceptionalism* wiederum gründet im Wesentlichen darauf, dass das Land keine feudalistische Vergangenheit hat. Alle anderen Elemente, die den Amerikanismus ausmachen – wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Mobilität (beide bereits von Sombart hervorgehoben), aber auch die Idee der Gleichheit, der Geist des Kapitalismus, die Rolle der protestantischen Kirchen, der Individualismus, das demokratische System, die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung etc. – lassen sich demnach erst durch den Umstand erklären, dass es in der „neuen Welt" keine feudalistische Vergangenheit und traditionellen Oberklassen gibt.

Konsens versus Konflikt

Dieser von Hartz definierte liberale Konsens hat indes zwei Seiten. Auf der einen Seite verwendet Hartz den Begriff, um zu beschreiben, wie die Bürgerinnen und Bürger – und daher auch ihre politischen Repräsentanten – dem politischen System ganz überwiegend positiv gegenüberstehen und warum

3 Werner Sombart, Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Tübingen 1906.

andere, vom Mainstream abweichende Ideen zumeist daran scheiterten, gesellschaftlich wirkungsmächtig zu werden.

Diese Interpretation ist allerdings auf der anderen Seite seit ihrer Begründung stark umstritten. Kritik kommt unter anderem von der neuen Sozialgeschichtsschreibung und von dem Teil der Politikwissenschaft, der auf die Erforschung von Konflikten – seien sie politischen, ökonomischen, sozialen, rassischen, ethnischen, geschlechtlichen oder anderen Ursprungs – ausgerichtet ist. Und tatsächlich hat es auch in der US-Geschichte zahlreiche, auch radikale, soziale Bewegungen und Kämpfe gegeben: beispielsweise die der Abolitionisten gegen die Sklaverei, die der „Populisten" gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft,[4] die Bürgerrechtsbewegung gegen die Rassentrennung oder auch die Arbeiter-, die Frauen- und die Antikriegsbewegung. In diesem Kontext kann die These des gesellschaftlichen „Konsenses" denn auch angefochten werden. Ironischerweise wurde Hartz' Buch über „The Liberal Tradition" 1955 veröffentlicht und damit just in dem Jahr, als Rosa Parks und Martin Luther King den Montgomery Bus Boycott begannen.[5] Der Kampf von Bürgerrechts- und Black-Power-Bewegung war es denn auch, der die Konsens-These untergrub und so entscheidend dazu beitrug, dass sich die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung in den folgenden Jahren zunehmend auf die „Grenzen des Konsenses" und auf die Konfliktforschung verlegte. Mit diesem Ansatz wiederum konnte gezeigt werden, dass der Begriff des gesellschaftlichen „Konsenses" immer die Frage aufwirft, wer denn tatsächlich in diesen einbezogen ist – und wer nicht.

Dennoch: Wenn man diese Schwäche des Konsens-Begriffs zurückstellt, scheint die zugrunde liegende Idee der „liberalen Tradition" das traditionelle amerikanische Selbstverständnis angemessen abzubilden. Besonders nachdrücklich wird dies dadurch belegt, dass sich auch oppositionelle Bewegungen – zumindest überwiegend – positiv auf diese Tradition beriefen. Sie kämpften nicht so sehr *gegen* „das System", als vielmehr für die eigene Inklusion *in* das System. Dabei artikulierten sie ihren Protest in der Sprache der US-amerikanischen Demokratie und nutzten deren Symbole. Dies gilt für die organisierte Arbeiterbewegung – für die „Ritter der Arbeit" der 1880er Jahre und die ihnen folgende sozialpartnerschaftliche American Federation of Labor –[6] wie auch für die moderne Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 60er Jahre, die sich in ihrem Kampf für die Gleichberechtigung der Afroamerikaner (die man damals noch allgemein „Neger" nannte) auf den „American Creed", das heißt auf die Werte des Amerikanismus, berief und den Widerspruch zwischen Verfassungsnorm und -wirklichkeit ins Zentrum ihrer Politik

4 Lawrence Goodwyn, Democratic Promise: The Populist Moment in America, New York 1976.

5 Vgl. Albert Scharenberg, Weiße Herrschaft, schwarzer Kampf. Erfolg und Scheitern der US-Bürgerrechtsbewegung, in: „Blätter", 12/2005, S. 1503-1512; ders., Die Bürgerrechtsbewegung in den USA. Nationale und internationale Aspekte ihrer Mobilisierung und Radikalisierung im Vorfeld von „1968", in: Jens Kastner und David Mayer (Hg.): Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien 2008 [i.E.].

6 Vgl. Albert Scharenberg, Rassismus in der US-Arbeiterbewegung. Entwicklungslinien von 1865 bis 1915, Hamburg und Berlin 1993; David Montgomery, Citizen Worker: The Experience of Free Workers in the United States and the Free Market during the Nineteenth Century, New York 1993.

stellte.[7] Ähnliches lässt sich auch mit Blick auf die neue Frauenbewegung feststellen.[8] Anders gesagt: Die Anhänger dieser Bewegungen appellierten in der ihnen je eigenen Weise an die liberale Tradition bzw. das liberale Gewissen, um die antiliberalen Restriktionen zu überwinden, denen sie sich ausgesetzt sahen. Dass die staatlichen Institutionen dabei oft – und immer wieder auch äußerst gewaltsam – gegen die sozialen Bewegungen in Stellung gebracht wurden, führte in der Regel nicht zu einer grundlegenden Abkehr der Akteure vom amerikanischen Staat.

Der Kampf um den Inhalt des Liberalismus

Nun besitzt allerdings auch der Begriff der „liberal tradition" keine Eigenschaften, die jenseits von Raum und Zeit Gültigkeit beanspruchen könnten. Um seine Bedeutung zu erschließen, muss man deshalb der Frage nachgehen, wie sich dessen Verständnis im Laufe der Geschichte *geändert* hat, denn das politische System der Vereinigten Staaten wurde, der populären Folklore zum Trotz, keineswegs ein für allemal von den Gründungsvätern festgelegt. Im Gegenteil: Es gab im Verlauf der amerikanischen Geschichte zahlreiche unterschiedliche Interpretationen von und Meinungen über die Bedeutung von Liberalismus und Freiheit, an deren Umformung bzw. Aushandlung viele Menschen beteiligt waren – nicht nur berühmte Persönlichkeiten, sondern gerade auch die einfachen Bürgerinnen und Bürger.[9]

In diesem Sinne kann beispielsweise der schwarze Kampf um Gleichberechtigung und Inklusion in das bestehende politische und soziale System nur dann verstanden werden, wenn man berücksichtigt, dass dieser Kampf den Inhalt und die Bedeutung dessen, was die Amerikaner unter „Freiheit" verstanden –, und durch die Abschaffung der Sklaverei und später der Rassentrennung auch das System selbst – grundlegend veränderte. Denn anfangs war das Land, das auf die Rhetorik der Freiheit gründete, zugleich eine Sklavenhaltergesellschaft, in der die Sklavenhalter darauf insistierten, dass die Sklaverei das eigentliche Fundament der Freiheit sei, weil der Besitz von Sklaven die eigene Freiheit erweitere.[10] Für die schwarzen Sklaven hatte „Freiheit" indes eine gänzlich andere, gegensätzliche Bedeutung. Dies unterstreicht, dass das Verständnis von „Freiheit" – außer von den historischen Wandlungen – offenbar auch von der Perspektive des Betrachters abhängt, und zugleich, dass Liberalismus und Rassismus einander nicht zwingend ausschließen.[11]

7 Dies hatte zuvor bereits der schwedische Ökonom und Politiker Gunnar Myrdal beobachtet; vgl. Gunnar Myrdal, An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy, New York und London 1944.

8 Vgl. Stefanie Ehmsen, Der lange Marsch der Frauenbewegung durch die Institutionen. Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik im Vergleich, Münster 2008 [i.E.].

9 Vgl. Howard Zinn, A People's History of the United States, 1492-Present, New York ^{3}2003 [Deutsch: Eine Geschichte des amerikanischen Volkes, Berlin 2007].

10 Vgl. Eric Foner, The Story of American Freedom, New York 1998.

11 Albert Scharenberg, Schwarzer Nationalismus in den USA. Das Malcolm X-Revival, Münster 1998. Fredrickson spricht diesbezüglich von einer „ideologischen Hochzeit von egalitärer Demokratie und biologischem Rassismus"; vgl. George M. Fredrickson, White Supremacy. A Comparative Study in American and South African History, New York und Oxford 1981, S. 154 f.

Der schwarze Kampf für die Gleichberechtigung führte also nicht nur zur Aufhebung der Gesetze zur Rassentrennung, sondern er *veränderte* und *erweiterte* zugleich das Verständnis von „Freiheit". Ähnliches gilt mit Blick auf den New Deal und den Begriff der wirtschaftlichen Freiheit.[12] Man kann deshalb festhalten, dass sich die Bedeutung von „Freiheit" und „Liberalismus" in der Tat wandelte – schließlich hat auch George Washington seinerzeit wohl kaum nächtelang über *gay rights* und Homo-Ehe sinniert.

Diese Aussage lässt sich mit Blick auf den Staat noch erweitern: Im Kern bewegte sich der US-Liberalismus im Verlauf der letzten beiden Jahrhunderte von einem ausgeprägten Misstrauen gegenüber dem Staat, das auf der Annahme beruhte, dass Macht immer der Missbrauch droht, hin zum Willen, die Regierungsmacht zu nutzen, um die Ungleichheiten in der Verteilung des Reichtums, die der kapitalistischen Produktionsweise notwendig innewohnen, zu korrigieren. Die Ausweitung der Regierungsmacht und -verantwortung, die von den amerikanischen Liberalen im 20. Jahrhundert betrieben wurde, steht in deutlichem Widerspruch zu der von den Liberalen des 19. Jahrhunderts verfochtenen, generellen Einschränkung der Staatsmacht.

Obgleich die historischen Wurzeln des Liberalismus in Europa und Amerika einander gleichen, besitzt der Begriff „Liberalismus" daher heutzutage auf beiden Seiten des Atlantik eine unterschiedliche Bedeutung. Zwar weiß man sich weiterhin einig in der klassischen liberalen Annahme: nämlich dass Regierungen dazu neigen, ihre Macht zu missbrauchen. Aber die amerikanischen Liberalen fügen, anders als die europäischen Liberalen, hinzu, dass Macht auch von den Reichen und anderen Gruppen mit ererbter Autorität und Privilegien missbraucht wird. Genau dies aber ist der Kern der modernen „liberalen" – und in Grenzen egalitären – Tradition.

Während die Liberalen also in Europa politisch und ökonomisch an der „klassischen" Interpretation festhalten, wird Liberalismus in den Vereinigten Staaten auch mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik des New Deal identifiziert. Dessen Architekt, Präsident Franklin D. Roosevelt, definierte denn auch in seiner „State of the Union Address" im Jahre 1941 die „vier wesentlichen Freiheiten des Menschen": erstens die Redefreiheit; zweitens die Religionsfreiheit; drittens die Freiheit von sozialer Not (die durch den Sozialstaat begrenzt werden soll); und viertens die Freiheit von Furcht (die Roosevelt langfristig durch weltweite Abrüstung abbauen wollte – hier liegt eine außenpolitische Perspektive des amerikanischen Liberalismus).

Liberale oder republikanische Tradition

Gerade die zwei letztgenannten Freiheiten – die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht – stehen nach den langen Jahren republikanischer Hegemonie unter starkem Druck. Denn obgleich es, wie bereits während des Kalten Krieges, mit Blick auf den amerikanischen Führungsanspruch in der Welt

12 William Chafe (ed.), The Achievement of American Liberalism. The New Deal and Its Legacies, New York 2003.

sowie die Rüstungs-, Militär- und Sicherheitspolitik große Schnittmengen zwischen den beiden Lagern gibt, ist es gerade die unterschiedliche Definition der Aufgaben von Staat und Regierung, die Konservative und Liberale trennt. Letztere engagieren sich gegen den fortgesetzten Missbrauch der Staatsmacht durch die Bush-Regierung, befürworten aber grundsätzlich staatliches Handeln mit Blick auf Marktregulation und Sozialstaat. Die Konservativen hingegen optieren für eine starke Exekutive im Kampf gegen Terrorismus, wenden sich aber gegen staatliche Interventionspolitik in den Bereichen Antidiskriminierungspolitik (Affirmative Action), Sozialpolitik und gegen ausgleichende Eingriffe in den Markt.

Angesichts der politischen Polarisierung kann heute von einem gesellschaftlichen Konsens, von einem liberalen zumal, keine Rede mehr sein. Stattdessen behaupten rechtsgerichtete Intellektuelle, dass die Vereinigten Staaten nicht auf einer „liberalen", sondern auf einer „Republican tradition" basierten, die bis in die Zeit der Gründungsväter zurückreiche. In diesem Zusammenhang hat beispielsweise Irving Louis Horowitz versucht, die Existenz eines „konservativen Konsenses" im Sinne Edmund Burkes nachzuweisen.[13] Andere, neokonservative Intellektuelle wie Robert Kagan sprechen gar – in ähnlichen Worten wie Noam Chomsky, nur in umgekehrter, affirmativer Intention – von einer „imperialen Tradition" des Landes, die sich in ihrer Deutung von der kontinentalen Landnahme des 18. und vor allem 19. Jahrhunderts bis zur gegenwärtigen Rolle als globale Hegemonialmacht erstreckt.[14] Beide Positionen treffen sich in ihrer Kritik des liberalen sozialstaatlichen Interventionismus. Dieser habe seit dem Sündenfall des New Deal und vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges in wachsendem Maße das befürwortet, was Arthur M. Schlesinger „affirmative government" nennt – dies sei, schreibt Horowitz unter Berufung auf Robert Kagans Kritik, nur ein anderes Wort für „welfare socialism".[15]

Zwar gab es auch in den 50er Jahren im eigentlichen Wortsinn keinen „Konsens" über die „liberal tradition" des New Deal; schließlich hat beispielsweise Russell Kirk, den Präsident Ronald Reagan einen „Propheten des amerikanischen Konservatismus" nannte, sein legendäres Buch über „The Conservative Mind" im Jahre 1953 veröffentlicht. Dennoch diskutierte man seinerzeit über Hartz' „Liberal Tradition" und Robert Dahls „Pluralist Theory" anstatt über amerikanischen Konservatismus. Es gab auch ein höheres Maß an Übereinstimmung zwischen den beiden Parteien. So schrieb Schlesinger unter Berufung auf Hartz in seinem Aufsatz „Liberalism in America: A Note for Europeans": „Selbst unter einer konservativen Regierung werden diese liberalen Impulse fortwirken. Auch die Republikanische Partei ist in ihrer Gesamtheit nur ‚konservativ' in einem besonderen amerikanischen Sinne. Trotz all

13 Irving Louis Horowitz, Louis Hartz and the Liberal Tradition: from consensus to crack-up, in: „Modern Age", 3/2005.

14 Vgl. Robert Kagan, Macht und Mission. Der Mythos vom amerikanischen Isolationismus, in: „Blätter", 4/2007, S. 431-441; vgl. auch das Gespräch mit William Kristol, „Krieg ist keine Geometrie", in: „Blätter", 7/2004, S. 805-816.

15 Zur Diskussion um den Sozialstaat vgl. Albert Scharenberg, Kampfschauplatz Armut. Der Unterschichtendiskurs in den Vereinigten Staaten, in: „Blätter", 2/2007, S. 183-192.

ihrer Tendenzen in Richtung Ignoranz und Selbstgerechtigkeit ist diese Partei weit entfernt von blinden Reaktionen, und sie wird letztendlich die Entscheidungsgewalt von Vernunft und Diskussion anerkennen."[16]

Auch wenn in den USA der Gegenwart viele Elemente der „liberal tradition" fortwirken, mutet diese Aussage heute, zum Ende der zweiten Amtszeit von Präsident Bush junior, seltsam an. Denn seit dem Machtantritt Reagans hat sich die Republikanische Partei unter Führung der Neokonservativen weit von der vergleichsweise gemäßigten, auf Akzeptanz des New Deal basierenden Politik ihres Präsidenten Dwight D. Eisenhower entfernt. Stattdessen ist sie gewissermaßen zur Politik des 1964 gescheiterten republikanischen Präsidentschaftskandidaten und erzkonservativen McCarthy-Freundes Barry Goldwater zurückgekehrt – und damit auch zu dem, was Richard Hofstadter einst den „Paranoid Style in American Politics" nannte.[17]

Auf diese Weise haben die Republikaner die lang anhaltende Hegemonie der „liberal tradition" beenden und die eigene ideologische Vorherrschaft etablieren können, wie Michael Walzer bereits anlässlich der Wiederwahl von George W. Bush im Jahre 2004 konstatierte: „Rechtsgerichtete Intellektuelle und Aktivisten haben es vermocht, sich selbst und viele andere Menschen davon zu überzeugen, dass der freie Markt, individuelle Verantwortung, der Kreuzzug für Demokratie, der Krieg gegen den Terror, heterosexuelle Ehe, konventionelle Geschlechterrollen, religiöser Glaube und patriotische Einstellung alle miteinander zusammenhängen. Sie ergeben ein kohärentes Set, und gemeinsam konstituieren sie den *American way*",[18] wie ihn diese Rechtsintellektuellen verstehen.

Ein neuer New Deal?

Der im Vorwahlkampf so viel zitierte *Change* wird aber erst dann möglich sein, wenn es stattdessen gelingt, die „liberal tradition" wieder als das Herz des *American way* zu definieren. Ein solcher Politikwechsel markiert allerdings eine große Herausforderung, selbst wenn der politische Wille zur Umkehr tatsächlich vorhanden sein sollte. Schließlich greift der von den Republikanern ins Werk gesetzte Umbau des amerikanischen Staates und seiner Institutionen tief, und jede Änderung an der politischen Architektur wird auf den entschlossenen Widerstand derer treffen, die von dem Bush-Regime profitieren.

Dennoch eröffnet der im diesjährigen Vorwahlkampf der Republikaner erkennbare Zerfall der „Reagan Coalition" aus Großkonzernen, Neokonservativen und fundamentalistischen Christen die Chance für einen solchen politischen Neuanfang. Paul Krugman hat in seinem jüngsten Buch „The Conscience of a Liberal" dafür plädiert, diese Chance dafür zu nutzen, einen

16 Arthur M. Schlesinger, Liberalism in America: A Note for Europeans, in: Donna Zajoin (Hg.), The Politics of Hope, Riverside 1962 [Orig. 1956].
17 Richard Hofstadter, The Paranoid Style in American Politics, in: „Harper's Magazine", 11/1964, S. 77-86.
18 Michael Walzer, All God's Children Got Values, in: „Dissent", 2/2005, S. 35-40.

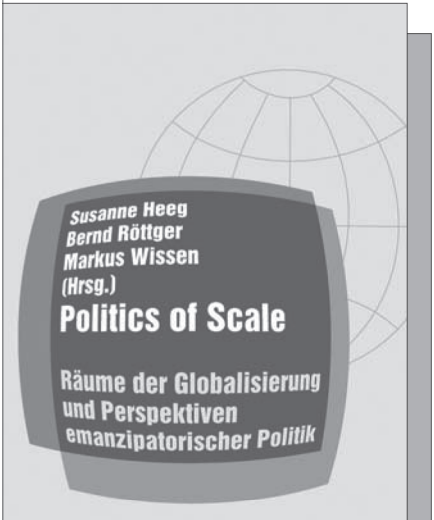
„neuen New Deal" zu begründen, der die republikanische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums umkehrt und Amerika wieder mit dem egalitären Anspruch früherer Dekaden versöhnt.[19]

Ob allerdings die – ebenso wie die Republikaner maßgeblich von Großunternehmen finanzierte – Demokratische Partei hierzu in der Lage ist, wie Krugman hofft, mag man mit gutem Recht bezweifeln. Dass die amerikanische Gesellschaft zu dieser Erneuerung imstande ist, lässt sich indes geschichtlich belegen.

19 Paul Krugman, The Conscience of a Liberal: Reclaiming America from the Right, New York 2007 [Deutsch: Nach Bush. Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten, Frankfurt a. M. 2008].

Anzeige

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Susanne Heeg/Bernd Röttger/ Markus Wissen (Hrsg.)

Politics of Scale

Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik

(Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, Band 3)

2008 - 317 S. - € 29,90
ISBN 978-3-89691-669-3



www.dampfboot-verlag.de / info@dampfboot-verlag.de

Anzeige


Zeigen
Sie Haltung.
taz lesen ist nicht immer bequem,
aber es macht unabhängig.
die tageszeitung
Schäubles Versprechen war nichts wert
Ostdeutsche rettet die Welt
taz ist wahrer Luxus
die tageszeitung
Gönnen Sie sich 5 Wochen taz für 10 €. T (0 30) 25 90 25 90 | www.taz.de/luxus
die genossenschaft taz